

Tagesordnung:

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

Eröffnung der Sitzung

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Bildungsbericht 2014-2015 des Amtes für Jugend, Schule und Sport
WP 14-20 SV 51/106
- 3 Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schule
WP 14-20 SV 51/103
- 4 Fortschreibung Kindergartenbedarfsplanung 2016 - 2017
WP 14-20 SV 51/104
- 5 Unbegleitete Minderjährige Ausländer - aktueller Sachstand und Personalmehrbedarf
WP 14-20 SV 51/099
- 6 Änderung der Beihilferichtlinien im Bereich der Hilfen zur Erziehung / Vollzeitpflege
WP 14-20 SV 51/102
- 7 Änderung der Beihilferichtlinien
- Heimunterbringung und Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform
WP 14-20 SV 51/105
- 8 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2016
hier: Unterlagen nach §14 GemHVO
WP 14-20 SV 66/054
- 9 Haushaltsplan-Entwurf 2016 - Änderungsliste
WP 14-20 SV 51/097
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen sind.

Danach verpflichtete er **Herrn Klaus Dietz** als Vertreter der katholischen Kirche zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Herr Topp und **Frau Stubbe** stellten den Film der psychologischen Beratungsstelle „Eltern mit Schreibabys“ vor. Der dreiminütige Film dient der Öffentlichkeitsarbeit für die frühe Beratung in der psychologischen Beratungsstelle. Er soll Eltern mit Babys ansprechen und wird über das Internet und der Homepage der Stadt Hilden abrufbar sein. Die Produktion des Filmes wurde durch eine Spende der Firma Montz in Hilden ermöglicht.

1 Befangenheitserklärungen

Herr Bosbach und **Herr Schneller** erklärten sich zum Tagesordnungspunkt 5 – Unbegleitete Minderjährige Ausländer – aktueller Sachstand und Personalmehrbedarf, für befangen.

2 Bildungsbericht 2014-2015 des Amtes für Jugend, Schule und Sport **WP 14-20 SV** **51/106**

Frau Gronemeyer dankte der Verwaltung für die gute und verständliche Darstellung der vielfältigen Aufgaben des Amtes für Jugend, Schule und Sport.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bildungsbericht 2014/2015 zur Kenntnis.

3 Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schule **WP 14-20 SV** **51/103**

Frau Kittel regte an, in die Essensvergabe optional die zur Verfügungstellung von Leasinggeräten aufzunehmen.

Herr Thieme merkte an, dass die Mensa des Helmholtz-Gymnasiums den Caterer gewechselt habe, da das bisher angebotene Essen nicht dem Geschmack der Schüler entsprochen habe. Aus diesem Grund sei es wichtig die richtige Auswahl zwischen dem wirtschaftlichsten Preis und einer Verpflegung, die dem Geschmack der Schüler entspricht, zu treffen.

Frau Gronemeyer lobte, dass der Aspekt der gesunden Ernährung in die Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen eingeflossen sei. Dies sei wichtig, da die Kinder durch den Besuch von Kindergarten und Schule viele Jahre in den Einrichtungen essen und hier eine gesunde Ernährung erlernen sollten. Sie hoffte, dass die Erhöhung des Elternbeitrages durch die neue Vergabe moderat bleibe, damit es nicht zu vermehrten Abmeldungen käme, da Eltern dann den Essenbeitrag nicht mehr finanzieren könnten.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht zur Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen zur Kenntnis.

4 Fortschreibung Kindergartenbedarfsplanung 2016 - 2017

**WP 14-20 SV
51/104**

Herr Bosbach erklärte, die Überbelegung der Gruppen sei keine Dauerlösung, da dies zu einer großen Belastung für das Betreuungspersonal führe. Es sei dringend erforderlich die Gruppenstärke wieder herunterzufahren.

Herr Beig. Gatzke erklärte, Hilden könne bisher eine gute Versorgungsquote sicherstellen und somit den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz abdecken. Die Zuweisung von Flüchtlingen erschwere mittelfristig die Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz erheblich. Durch die Einrichtung der Sechs-Gruppigen Einrichtung „Nordlichter“ kann die Bedarfsprognose ab August 2017 erfüllt werden. Bis dahin sei temporär, nur durch eine Anhebung der Gruppenstärke, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sicher zu stellen. Es sei wichtig, auf den Zuzug der Flüchtlingskinder situativ zu reagieren und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen.

Ohne weitere Wortmeldung fasste der Jugendhilfeausschuss nachfolgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Versorgungssituation und zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren zur Kenntnis und beschließt die vorgelegte Kindergartenbedarfsplanung für den Zeitraum 2016 - 2017 umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes für Kinder im Alter von bis zu 6 Jahren unter Einbezug der Flüchtlingszahlen fortzusetzen und spätestens in der Sitzung 01.12.2016 über den aktuellen Stand der Planung und Umsetzung zu berichten sowie weitere Maßnahmen vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung (FDP).

5 Unbegleitete Minderjährige Ausländer - aktueller Sachstand und Personalmehrbedarf

**WP 14-20 SV
51/099**

Herr Delcuve berichtete, er habe sich die Jugendeinrichtung am Kilvertzhof angesehen und sei von der kompetenten Betreuung der Jugendlichen beeindruckt gewesen.

Frau Gronemeyer erkundigte sich, wie es möglich sei, dass die Stadt Hilden mit einer Fachkraftstelle auskomme, obwohl vom INSO-Institut der Bedarf von 2,96 Stellen angezeigt werde.

Frau Kittel fragte nach, ob es richtig sei, dass ein großer Teil der Personalkosten durch das Land NRW refinanziert werde.

Frau Aubel erklärte, es sei richtig, dass die Personalkosten zu 100% vom Land NRW refinanziert werden.

Auf Grund der Haushaltslage der Stadt Hilden sei nur die Einrichtung einer VZK-Stelle geplant. Dies entspreche bei gleicher Fallzahl auch der Größenordnung der anderen Kommunen im Kreis Mettmann. Im Dezember 2016 soll dem Ausschuss ein Zwischenbericht vorgelegt werden, der zur Personalausstattung Stellung nimmt und gegebenenfalls eine Neujustierung vorschläge.

Herr Thieme fragte an, wie die Eingliederung der Jugendlichen in den Schulen gelänge.

Frau Aubel berichtete, zur Eingliederung der Jugendlichen könne man auf flankierende Maßnahmen in Form eines Netzwerkes zurückgreifen. Es sei wichtig die zuströmenden Flüchtlinge zeitnah und ihrem Lernstand entsprechend unterzubringen und zu fördern.

Danach fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Betreuung der der „Unbegleiteten Minderjährigen Ausländer“ (UMA) zur Kenntnis. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen werden über die Änderungsliste in den Haushaltsplan 2016 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Änderung der Beihilferichtlinien im Bereich der Hilfen zur Erziehung / Vollzeitpflege

**WP 14-20 SV
51/102**

Frau Aubel erklärte, die erläuternden Tabellen bei den Kriterien zur Leistungsgewährung in Pflegefamilien seien irrtümlich aus einer vorherigen Version übernommen worden. Für die aktuelle Version der Beihilferichtlinien seien keine differenzierten Kriterien vorgesehen. Somit könnten die Tabellen gestrichen werden, da diese für die Beschlussfassung nicht relevant seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Ergänzung und Änderung der Beihilferichtlinien für den Bereich der Vollzeitpflege in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

**7 Änderung der Beihilferichtlinien
- Heimunterbringung und Unterbringung in einer sonstigen
betreuten Wohnform**

**WP 14-20 SV
51/105**

Herr Delcuve dankte, dass die Leistungen für die Erstausrüstung nicht gekürzt wurden.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss nachfolgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderungen der Beihilferichtlinien für die Bereiche der Heimpflege und Vollzeitpflege in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen
im Stadtgebiet 2016 hier: Unterlagen nach §14 GemHVO**

**WP 14-20 SV
66/054**

Frau Kittel stellte für die Bürgeraktion den Änderungsantrag, die Mittel für den Spielgerätebedarf wegen der angespannten Haushaltslage der Stadt Hilden um 50% zu kürzen.

Herr Delcuve schlug vor, Maßnahmen über Sponsoring zu finanzieren.

Herr Hendrichs teilte mit, man habe die Standzeiten der Spielgeräte verlängert. Dadurch sei die Tendenz der Ausgaben leicht gesunken. Es sei jedoch wichtig, den jetzigen Standard zu erhalten und ausreichend Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende ließ über den Änderungsantrag der Bürgeraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit einer Ja-Stimme (Bürgeraktion)

Danach fasste der Jugendhilfeausschuss nachfolgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen sowie den Schulhöfen und Kindergärten im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 97.000,00€ (Schulhöfe und Kindergärten) und 97.000,00€ (Spielplätze) zu. (In den Beträgen sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!)

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei einer Nein-Stimme (Bürgeraktion).

Die beschlossenen Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2016 sind in der als **Anlage** beigefügten Änderungsliste dokumentiert.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr El Halami wies auf die Pro-Asyl-Ausstellung der Jugendförderung hin. Er erklärte, es sei genau der richtige Zeitpunkt, die Probleme der Flüchtlinge bekannt zu machen und der Bevölkerung näher zu bringen. Diese Ausstellung lohne sich anzuschauen und weiter zu empfehlen.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine

Ende der Sitzung: 16:40 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Simone Heese Kirsten Max
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Reinhard Gatzke
Beigeordneter